



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

träumerischen Wesen und mit den scheinbaren Gegensätzen dazu, den tollten Hansbunkenstreichen war er ihnen immer ein Rätsel gewesen, aber die Lösung befriedigte alle. Der wird seinen Weg machen, hieß es. — Und wie fein und hübsch er aussieht. Der kann überall als Freier anklopfen.

Zwischen dem Sohne vom Ellernbusch und dem Holm gestalteten sich freundschaftliche und herzliche Beziehungen; da konnte es nicht fehlen, daß man von einer Verlobung mit der Niece munkelte — ein Gerücht, das um so mehr Glauben fand, als Niece vom Hause kam, um im städtischen Haushalt „Unterschied und Kochen zu lernen.“ Bei ihrer natürlichen Anmut hatte sie es den Stadtfrauen bald abgesehen, wie man sich hat, und wie man sich giebt, und war doch die alte, liebe Niece Kühl geblieben.

Wenn die alte Bish, wenn meine Wenigkeit, wenn der alte Brotträger, der früher die Post besorgte, wenn der schmucke Landbriefträger, der jetzt die Dienste des Merkurs leistete, wenn wir alle samt und sonders nicht in Verschwiegenheit so überaus verhärtete Gesellen gewesen wären, so würde man wohl noch weniger daran gezweifelt haben.

Allerdings hat man als rückwärts gewandter Seher gut prophezeien. Ich selbst hätte außer dem schon von mir Mitgeteilten wenig zur Unterstützung des Gerüchts beitragen können. Hein und ich hatten uns viele Jahre lang verloren, und, während ich gleich nach dem Einzug des jungen Zimmermanns in eine Gymnasialstadt kam, fand Hein andre Gefäße für seine Herzensergießungen. So hörte auch der Briefwechsel bald auf, und das nächste Duzend Jahre brachte uns vollends aus einander. Hein blieb zwar ein hervorragender Teil meiner Erinnerung, aber er figurierte doch nur als solche, und lediglich als Inventarstück meiner liebsten Gedanken nahm ich ihn mit, als mich Geschick und Justizverwaltung nach dem Osten unsers Vaterlands verschlugen.

(Schluß folgt)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zielbewußt. Die Dreyfusards am Ziele! Wer hätte das vorm Jahre für möglich gehalten! Und doch geht alles dabei ganz mit natürlichen Dingen zu. Man darf sich nur überlegen, daß zur Zielbewußtheit, die diesen Namen verdient, nicht bloß ein Ziel gehört, sondern ein erreichbares Ziel, die Kenntnis der erforderlichen Mittel und der Besitz dieser Mittel. Über diese drei Dinge haben nun die Revisionisten verfügt. Die Revision eines Prozesses zu erzwingen, wenn sie nicht allein die Autorität hoher Gerichtshöfe, sondern sogar die der Armeeführung und das Interesse mächtiger Parteien gefährdet, mag ein schwer erreichbares Ziel sein, ein unerreichbares ist es nicht; weiß man, daß bei der Beurteilung grobe Verstöße gegen die Prozeßordnung begangen worden sind, so braucht man bloß die Beweismittel herbeizuschaffen, und hierfür haben im vorliegenden Falle die international organisierten Glaubensgenossen des verurteilten Kapitäns das Geld und die „Intellektuellen,“ die eine kirikale Reaktion fürchten, die Intelligenz geliefert.

Aber eben nur, sofern das Ziel auf diese persönliche Angelegenheit beschränkt wird, ist es erreichbar; wollte man die „Affaire“ zur Lösung der schwebenden großen politischen und Rechtsfragen benutzen und den befreiten Kapitän vor den im Sumpfe steckengebliebenen Fortschrittskarren spannen, so würde sich diese Zugkraft bald als ganz unzulänglich erweisen; die Reinigung der Justiz von Panamisten, politischen Intriganten, Strebern und andern schlechten Elementen kann nicht von einer der beiden Parteien vollbracht werden, weil keine von ihnen reine Hände hat; dazu wäre die sittliche Erneuerung des ganzen Volkes nötig; die Rettung vor der Reaktion aber hängt nicht von irgend einer zielbewußten Partei oder Coterie ab, sondern davon, ob sich eine parlamentarische Mehrheit zusammensindet, die genug Weisheit, staatsmännisches Geschick und Uneigennützigkeit hat, daß sie die Bedürfnisse des Landes dauernd befriedigen kann; ist das nicht der Fall, so wird man es eben wieder einmal mit einem von Priestern gesalbten Cäsar versuchen. Also in der Beschränkung erst haben sich auch die Revisionisten die Meisterwürde zu verdienen; der Sigaro, der so Großes für sie gethan hat, rät denn auch schon warnend, man möge über das nächste Ziel nicht hinausgehn und im übrigen die nationale Senkgrube zugedeckt lassen.

Im schroffsten Gegensatz zu den Dreyfusarden steht das Fähnlein der Frau Bertha von Suttner. Ohne seine achtbare und edelmütige Gesinnung im mindesten herabsetzen zu wollen, müssen wir doch sagen, daß sein Ziel überhaupt kein Ziel ist. Denn den Krieg abschaffen wollen, das heißt die Menschennatur ändern wollen. Kampf ist eine unvermeidliche Lebensäußerung des Menschen, und ob diese Äußerung die Form eines Kriegs annehmen soll oder nicht, das hängt nicht von einem Verein, und wäre es auch ein Verein von Königen, ab, sondern von der jeweiligen Art der Interessenkonflikte und von der Art der zu ihrer Lösung verfügbaren Mittel. Es ist möglich, daß die heutige Überspannung des Militarismus den Krieg auf lange Zeit hinaus unmöglich macht, aber die Friedensliga hat zur Herbeiführung dieser Unmöglichkeit nichts beigetragen, und sollte man zu dem Entschlusse gelangen, abzurüsten, so würde nicht der ewige Friede das Ziel sein, sondern die Wiederherstellung der Möglichkeit des Krieges; die Staaten würden ihre Heere vermindern, um ihre Streitigkeiten wieder mit der Waffe ausfechten zu können ohne Gefahr der Vernichtung ihrer ganzen Volkskraft. Bei diesem Punkte sind aber die europäischen Regierungen sicherlich noch nicht angelangt; das wird erst der Fall sein, wenn sich einmal eine der Großmächte vor die Wahl gestellt sieht, ob sie ihr Volk verkümmern oder in einer ungeheuerlichen Schlächtereier vernichten lassen will. Daß wir es mit Freuden begrüßen würden, wenn es der Konferenz im Haag gelänge, wenigstens einigen der Barbareien vorzubeugen, die ein Krieg mit sich bringen kann, versteht sich von selbst.

Stellen wir zwischen diese beiden Extreme noch eine dritte Gruppe von Zielbewußten: die Deutschen Österreichs! Mit den andern beiden haben sie gemein, daß sie seit Jahren Tag für Tag dasselbe Lied singen. Aber ihre Sache unterscheidet sich von der der beiden andern; sie ist nicht so einfach wie die der Dreyfusfreunde, aber auch nicht so aussichtslos und sinnlos wie die der Friedensfreunde. Auch bei ihnen kommt es zunächst darauf an, ob sie sich zu beschränken verstehen. Wenn sie — vor der Hand — nichts andres erstreben, als die Aufhebung der Sprachverordnung, die den Söhnen ihres Mittelstands den Zugang zu den Staatsämtern nur um den Preis der Erlernung einer barbarischen Sprache öffnet (darin besteht nämlich der Kern des Sprachenstreits), so werden sie dieses Ziel wohl mit einem mäßigen Grade von Klugheit bei unerschütterlicher Festigkeit und Ausdauer

erreichen; denn in diesem Punkte sind natürlich alle Deutschen einig; so verbohrt ist kein Ultramontaner, kein Deutschvölkischer und kein Sozialdemokrat, daß er um irgend einer Parteirücksicht willen seinem Sohne das Fortkommen erschweren sollte. Aber für das höhere Ziel: den Deutschen die Vorherrschaft im Donaufstaate zu sichern, wird damit noch nichts gewonnen sein. Denn in die Paragraphen einer Verfassung läßt sich nun einmal eine solche Vorherrschaft nicht bringen, sie kann nur thatsächlich sein, und zur thatsächlichen Vorherrschaft würde, abgesehen von manchem andern, gehören, daß sämtliche Mitglieder der deutschen Minderheit einig wären. Das sind sie nun über den oben erwähnten Punkt hinaus schlechterdings nicht. Zu den vielen alten Zankäpfeln ist ja soeben wieder ein neuer gekommen. Nachdem der erste Entwurf einer Wahlreform für die Wiener Gemeinde, den Lueger, wie seine Feinde behaupten, nur zum Schein ausgearbeitet hatte, als zu demokratisch von der Regierung abgelehnt worden war, hat der schlaue Mann einen zweiten Entwurf vorgelegt, der die Arbeiter nicht allein, sondern auch die Kapitalisten und die Akademiker lähmt, zu Gunsten der Christlich=Sozialen, d. h. der Kleinbürger, und dieser Entwurf ist im niederösterreichischen Landtage angenommen worden ohne aufregende Generaldebatte; eine solche hat man durch ein geschicktes Manöver abzuschneiden verstanden. Die Wut der Arbeiter, der Lehrer, wie es scheint auch der Bourgeoisie darüber ist grenzenlos. Die „Exposés“ und „Communiqués“ der Regierung und der Parteivorstände, worin diese zum hundertstenmale exponieren und kommunizieren, daß sie keinen Rat wissen, lieft zwar ein verständiger Mann so wenig wie Dreyfußartikel, aber in die Berichte über die Landtagsitzungen und die Volksversammlungen, sowie in die Polemik der Parteiblätter muß man ab und zu hineinschauen, weil man daraus sieht, von wie unverföhllichem Haß die Deutschen gegen einander erfüllt sind, und — was das unerfreulichste ist — wie wenig sie vor der Hand durch ihre Ausdrucksweise die Überlegenheit der deutschen Kultur über die slavische darthun. Wir wünschen den Brüdern in Osterreich von Herzen, daß sie die Sprachverordnungen recht bald zu Falle bringen; die Erfüllung ihrer übrigen Wünsche werden sie weniger von zielbewußtem Streben als vom unberechenbaren Gange der Weltgeschichte zu erwarten haben.

Die Aussichten des Rhein=Elbekanals. Die Hoffnung, daß es der Regierung in den Kommissionsverhandlungen gelingen werde, die die konservativen Fraktionen des Abgeordnetenhauses beherrschende agrarische Gespensterfurcht mit einigem Erfolg zu bekämpfen, hat sich nicht erfüllt. Die Kommission hat Ablehnung der Kanalfrage empfohlen, und das Abgeordnetenhaus hat auf Antrag des Zentrums und gegen die Stimmen der Konservativen beschlossen, die Vorlage an die Kommission zurück zu verweisen. Wie wir schon in Nr. 19 der Grenzboten ausgesprochen haben, steht für uns fest, daß, mag dieses Abgeordnetenhaus jetzt beschließen, was es will, der Mittellandkanal doch gebaut werden wird, wenn die Regierung, oder besser gesagt: der König noch Überzeugung und Willen hat, woran wir nicht zweifeln. Je krasser sich, so meinten wir, die Unfähigkeit der gegenwärtigen Parteien, die Politik des Königs zum Wohl des Vaterlands zu unterstützen, auch in dieser Frage wieder offenbart, um so eher kommt vielleicht die preußische Wählerschaft zu der Erkenntnis, daß es so nicht weiter geht.

Die Verhandlungen in der Kommission und in der zweiten Lesung im Plenum haben nicht den geringsten neuen Grund zur Ablehnung ergeben und keinen der alten als berechtigt nachgewiesen. Einzig und allein das absurde Verlangen nach gesetzlicher Festlegung der sogenannten Kompensationen ist es gewesen, was die

Kommission zu ihrer Opposition bestimmt hat und — das ist das charakteristischste der augenblicklichen Lage — dem Zentrum als Vorwand dient, die nochmalige Erörterung der Frage in der Kommission zu erzwingen. Die Kanalfreunde mußten für diesen Konsens stimmen, um nicht die Vorlage in zweiter Lesung ganz zu Fall kommen zu lassen.

Mit berechtigtem Spott hat der Minister Thielen schon in der ersten Lesung die ganze Kompensationstheorie abgefertigt. Es ist, wie wir früher schon gesagt haben, absurd, wenn die Herren Abgeordneten ihr Votum für irgend eine Vorlage verweigern zu dürfen meinen, falls in ihr nicht alle besondern Herzen swünsche ihrer Wähler aufgeführt und mit einem geseglichen Versprechen auf Erfüllung abgestempelt werden. Die Regierung hat mit bewundernswerter Geduld und aller denkbaren Bestimmtheit immer wieder versprochen, dem Neubau und der Verbesserung anderweitiger Wasserstraßen und Verkehrswege überhaupt ihre volle Fürsorge zuzuwenden. Sie wird auch nichts dagegen haben und dagegen haben können, daß das Abgeordnetenhaus in einer langen und volltönenden Resolution dieses Versprechen zu Papier bringt. Vielleicht wird sie sich, wenn ihr nur die Mittel zur sofortigen und vollständigen Herstellung des Mittellandkanals bewilligt werden, sogar darüber hinwegzusetzen wissen, daß parlamentarischer Unverstand das Papier der preussischen Gesetzsammlung mit einigen Kompensationswünschen verunziert, da die Erfüllung dieser Wünsche doch immer in ihrer Hand liegt. Die Vorgeschichte des Rhein-Elbekanals lehrt ja selbst, daß, was im Jahre 1886 im Prinzip geseglich beschlossen wurde, heute vom Abgeordneten abgelehnt wird. Es lohnt deshalb kaum noch, auf die einzelnen Kompensationsforderungen einzugehen. Um so mehr ist die Thatsache der hartnäckigen Opposition an sich und ihre wirkliche, allgemeine Ursache der Beachtung wert.

Die selten völlig klar werdenden Gedanken und Ziele des Zentrums sind natürlich auch bei dem Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission nicht unzweideutig ausgesprochen worden. Wollten die Herren Ultramontanen, bevor sie den Kanal bewilligen, die Gemeindevahlrechtsreform beschlossen sehen, von der sie in einigen rheinischen Orten eine Verstärkung der klerikalen Einflüsse in der Gemeindeverwaltung hoffen dürfen, so hat die Regierung bekanntlich nichts dagegen. Und wir meinen, mit Recht. Es geht nicht an, deshalb eine allgemein als nötig anerkannte Wahlreform zu unterlassen. Man sollte endlich in Preußen wie im Reich dem Irrtum entsagen, durch kleinliche, chikanös aussehende Präventivmaßregeln die Macht des Ultramontanismus brechen oder eindämmen zu können. Die in Anbetracht der politischen und patriotischen Gesinnung der großen Mehrzahl auch der guten Katholiken im Reich ganz unerträgliche und außerdem von Jahr zu Jahr verhängnisvoller und beschämender werdende Stellung des Zentrums als „herrschender“ Partei wird dadurch nicht erschüttert. Nur eine wirklich liberale, entschieden freieitliche Kirchenpolitik im Reiche und namentlich in Preußen wird mit der Zeit zu einer Zerlegung des Zentrums führen. Vielleicht wäre die Zulassung der Jesuiten das beste Mittel. Man sollte diese Todsalbe je eher, je lieber zur Anwendung bringen. Das Spiel, wie es jetzt im Gange ist, wo sich Regierung und Zentrum in Liebenswürdigkeiten gegen einander ergehen, um sich die Vorhand zu sichern, kann doch nicht mehr lange fortgesetzt werden.

Das wichtigste in der Behandlung der Kanalvorlage ist und bleibt die konservative Opposition. Die preussischen Konservativen legen es thatsächlich geradezu darauf an, der Krone endgiltig die Augen darüber zu öffnen, daß sie nicht von wirklich konservativer, ehrlich monarchischer Gesinnung beseelt sind, sondern vielmehr von der in praxi durchaus antimonarchischen Tendenz des altpreussischen Sumfer-

tums, über das die brandenburgischen Hohenzollern zur Zeit des staatsrechtlich absoluten Regimes in jahrhundertlangem Kampfe den Sieg davon getragen hatten. Sie legen es geradezu darauf an, die Krone darüber zu belehren, daß dieses Junkertum die neue konstitutionelle Regierungsform lediglich dazu zu benutzen entschlossen ist, den alten Kampf wieder aufzunehmen, um sich die Herrschaft über die Krone zu sichern. Nach adlicher oder unadlicher Geburt fragt das Junkertum von heute freilich nicht, aber es vertritt ebenso rücksichtslos wie in alter Zeit die Tendenz der Klassen- oder Standesherrschaft, den schroffen Klassen- und Standesegoismus. Der Krone in Preußen müssen durch dieses Treiben über kurz oder lang die Augen darüber aufgehn, daß sie den Kampf gegen das Junkertum mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auch ihrerseits wieder beginnen muß, soll nicht das, was die großen Vorfahren auf dem Throne für Volk, Land und Reich errungen haben, elend verkümmern oder in Trümmer gehn. Es ist eine geradezu lächerliche Unwahrheit, wenn man jetzt noch behauptet, daß die Haltung der konservativen Parteien in Preußen, wie sie jetzt wieder unter anderm in der Mittellandkanalfrage zu Tage tritt, konservativ im guten Sinne sei; sie ist die kraffteste, unleidlichste und unverständigste Reaktion.

Man hat in widerlich versteckter, unwahrhafter Weise in der sogenannten liberalen Presse anlässlich der Kanalvorlage darauf hingedeutet, daß die Regierung die opponierenden Landräte, Regierungspräsidenten und andern höhern Beamten durch Maßregelungen oder doch durch das Drohen mit solchen zur Reision bringen könnte. Wir würden einen Druck von oben ad hoc für das dümmste halten, was man im Augenblick machen könnte, ganz abgesehen davon, daß das preussische Staatsministerium in seiner derzeitigen Zusammensetzung gar nicht in der Lage ist, mit gutem Gewissen das reaktionäre und agrarische Junkertum in der ihm untergestellten Beamtenerschaft zu verfolgen. Aber der Krone in Preußen erwächst angesichts der Verirrungen der konservativen Parteien allerdings die dringende Pflicht, endlich mit Ernst an die wiederholt von uns in den Grenzboten als unabweisbar bezeichnete Reform des Beamtentums heranzugehn. Wie sie das für sorgen muß und sorgen kann, daß sich nicht die sozialdemokratische Gesinnung in den untern Schichten der Beamten ausbreite, so muß sie und kann sie — und zwar hier gerade sie allein — dafür sorgen, daß die reaktionäre Gesinnung, die agrarisch junkerliche Fronde gegen den sogenannten „neuen“ Kurs namentlich, aus der höhern Beamtenerschaft wieder hinausgebracht wird durch die Heranziehung und wohlüberlegte, nicht von heute zu morgen und am wenigsten durch eine Reihe einzelner augenfälliger Maßregelungen zu erreichende Ausbildung einer treuen, über den Parteien stehenden, nur das Gemeinwohl im Auge behaltenden, neuen Generation von Beamten. Die altpreussische, mit Recht berühmte Beamtentüchtigkeit ist auch heute, Gott sei Dank, noch nicht ausgestorben, weder in den Ministerien, noch in den Bezirksregierungen, noch in den Kreisen. Aber es hieße blind sein oder die Unwahrheit sagen, wollte man leugnen, daß bei der Bestellung der Landräte, Regierungspräsidenten und Minister leider vielfach in unangebrachtem Maße auf die Sympathien der ostelbischen Junker und Agrarier Rücksicht genommen worden ist. Mit dieser Praxis wird wohl nun dank der neusten traurigen Erfahrungen gebrochen werden. Jeder Versuch der Erziehung eines zuverlässigen und den großen Aufgaben der nächsten Zukunft gewachsenen höhern wie niedern Beamtentums wäre sonst vergeblich.

Wenn man dem neuzeitigen Parteiliberalismus ein schweres Verschulden daran zusprechen muß, daß die Regierung, wie dem Zentrum, so auch namentlich den altpreussischen Reaktionären solange ein bedauerliches Entgegenkommen hat beweisen müssen, so ist doch andererseits die bis zur Pflege und Förderung ausgeartete

Duldung der reaktionären Tendenzen unter den obern Beamten in weitgehendem Maße daran Schuld, daß der Liberalismus in Preußen teils zu völliger Impotenz teils zur extremen Demokratie ausgeartet ist, wie die Vorgänge in der Gemeindeverwaltung der Reichshauptstadt nur zu deutlich beweisen.

Der Mittellandkanal wird kommen. Traurig wäre es, wenn er durch eine neue Demütigung der Krone vor den Junkern erkaufte werden sollte. Aber auch wenn das geschähe, werden wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß ihr Träger, getreu den Traditionen seines Geschlechts, den Kampf für die Zukunft des Gesamt Vaterlands gegen die Junker aufnehmen und zum siegreichen Ende führen wird. Alle gut konservativen Deutschen in Preußen und im Reiche werden dabei zu ihm halten. ß

Der Nebenerwerb in der Landwirtschaft. In Nr. 20 der Grenzboten ist bei der Besprechung der immerhin nicht geringen Bedeutung, die die nur nebenher in der Landwirtschaft thätigen Arbeitskräfte für diesen auch in Deutschland noch wichtigsten und größten Berufszweig haben, schon kurz gegen die Verwertung der landwirtschaftlichen Nebenerwerbszahlen in extrem-agrarischem Sinne, wie sie G. von Mayr in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 19. April d. J. für zulässig gehalten hat, Verwahrung eingelegt worden. Da jetzt aber, wie zu erwarten war, die Irrtümer dieses namhaften und sonst verdienstvollen Statistikers in gewissen Parteiblättern gegen den Sinn und Wert der Ergebnisse der deutschen Berufszählung vom 14. Juni 1895 ausgespielt werden, ist es nötig, mit einigen Worten auf die Sache zurückzukommen.

Es ist in Nr. 20 schon auf die in der Natur der Sache liegende Unzuverlässigkeit der Nebenerwerbszahlen aufmerksam gemacht worden. Auch das Kaiserliche Statistische Amt hat in dem inzwischen erschienenen erläuternden Textbande über die Berufszählungsergebnisse diesen Mangel offen zugegeben und hinreichend begründet. Es hat dabei aber ausdrücklich bemerkt, daß der Nebenerwerb in der Landwirtschaft ausgiebiger erfaßt worden sei als der in Industrie, Handel und Verkehr. Wenn man die Nebenerwerbszahlen dieser drei Berufszweige einander nun ohne weiteres als vergleichbar gegenüberstellt, so schneidet die Landwirtschaft zu gut ab, Industrie und Handel aber kommen zu kurz. Die genauere Erfassung des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs erklärt sich schon daraus, daß er in den meisten Fällen in Gestalt eines eignen oder gepachteten Ackerstücks offenkundig zu Tage liegt.

Herr von Mayr behauptet nun aber gerade im Gegenteil, erstens und unbegreiflicherweise, daß die „Frage des Nebenerwerbs“ beim Vergleich von Landwirtschaft und Industrie in Bezug auf die in ihnen thätigen Personen „viel wichtiger“ sei als die Frage des Hauptberufs, und zweitens, daß die Landwirtschaft in der Berufszählung zu kurz komme. Er will nicht die Hauptberufszahlen, nach denen 1895 die Landwirtschaft 37,5 Prozent aller erwerbsthätigen Personen und die Industrie 37,4 Prozent beschäftigte, vergleichen lassen, sondern die Summe aller in jedem Berufszweige gezählten Haupt- und Nebenerwerbsfälle, wobei sich die Anteilzahlen der Landwirtschaft auf 42,9 Prozent, die der Industrie auf 31,9 Prozent stellen.

Es sind 1895 gezählt worden:

in der	Hauptberufsfälle	Nebenerwerbsfälle	Zusammen
Landwirtschaft . . . .	8 292 692	3 648 237	11 940 929
Industrie . . . . .	8 281 220	619 386	8 900 606
Handel . . . . .	2 338 511	569 877	2 908 388

Der Zweck, den das Eintreten für die Einrechnung der Nebenerwerbszahlen hat, ist klar, vollends wenn sie für „wichtiger“ als die Hauptberufsanzahlen erklärt werden.

Erfreulicherweise sind wir aber imstande zu prüfen, was für Personen diese „wichtigern“ Nebenerwerbsfälle in der Landwirtschaft, wenigstens in der Landwirtschaft im engeren Sinne, ausüben. In dieser Berufsart, d. h. also ohne Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei, sind — auf dem Papier — 3577798 Nebenerwerbsfälle verzeichnet worden. Davon kamen 406388 auf Personen, die auch ihren Hauptberuf in der Landwirtschaft ausübten. Sie sind natürlich hier nicht zu rechnen. Weitere 1148008 wurden ausgeübt von Angehörigen ohne Hauptberuf und häuslichen Dienstboten, und zwar 1102210 von weiblichen. Das sind bekanntermaßen meist Hausfrauen, Haustöchter und Hausmägde von Landwirten, die im Betriebe des Familienhauptes oder Dienstherrn gelegentlich mit Hand anlegen, ohne daß für sie die Landwirtschaft als Hauptberuf angegeben worden ist. Auch sie können bei dem von Herrn von Mayr angestellten Vergleich eigentlich nicht mitgezählt werden. Jedenfalls ist die Zahl ganz der Willkür der Zähler und Gezählten anheim gegeben und statistisch sehr wenig wert, zumal da außerdem noch 1898867 Angehörige (darunter 1017379 weibliche) gezählt worden sind, bei denen die Mitthätigkeit im landwirtschaftlichen Betriebe des Familienhauptes als Hauptberuf aufgefaßt worden ist, die aber trotzdem nicht als Knechte, Mägde oder sonstige landwirtschaftliche Lohnarbeiter betrachtet werden konnten. Schon das starke Überwiegen der Frauen weist auf die Notwendigkeit einer abweichenden Bewertung dieser nebensächlichen Arbeitskräfte hin. Dann sind noch 166902 Nebenerwerbsfälle in der Landwirtschaft hervorzuheben, die von sonstigen Berufslosen ausgeübt werden: Rentnern, Pensionisten, Auszügler u. dergl. Hier wird es sich meist um kleine Ackerstücke handeln, die Kartoffeln und Gemüse für den eignen Verbrauch liefern; noch nicht ein Sechstel dieser Fälle wird in unselbständiger Stellung ausgeübt.

Das Hauptgewicht ist natürlich — und auch Herr von Mayr thut das — auf die Thätigkeit zu legen, die von Personen ausgeübt wird, die mit ihrem Hauptberuf in einer andern Berufsart als der Landwirtschaft im engeren Sinne thätig waren. Das sind noch 1856505. Von ihnen kommen nur rund 130000 auf das weibliche Geschlecht und werden nur rund 225000 in unselbständiger Stellung betrieben, d. h. sind nicht mit dem Besitz eines eignen, gepachteten oder in anderer Form bewirtschafteten Stück Landes verbunden. Von diesen 1856505 landwirtschaftlichen Nebenerwerbsfällen kommen nun aber wieder gut 850000 auf Personen, die in Industrie, Handel und Verkehr oder in wechselnder Lohnarbeit ihrem Hauptberuf in der Stellung von „Abhängigen,“ und zwar fast durchweg in der von „Arbeitern“ nachgehn. Von den sogenannten landwirtschaftlichen „Betrieben“ dieser Personen haben fast 600000 eine Fläche von weniger als 0,50 Hektar. Außerdem werden noch etwa 600000 Betriebe unter 0,50 Hektar von Selbständigen in Handel und Gewerbe und von Erwerbthätigen anderer nicht landwirtschaftlicher Berufe nebenher bewirtschaftet. Es handelt sich bei ihnen natürlich fast ohne Ausnahme um die Erzielung einer kleinen Zubuße in Gestalt von Kartoffeln und Gemüse zum eignen Haushalt, und streng genommen kann hier auch nicht einmal von einem „Nebenberuf“ als Landwirt die Rede sein. In England (mit Schottland) ist die Zahl der an Industrie- und Eisenbahnarbeiter infolge der Alotmentsgesetzgebung ausgethanen derartigen Acker- und Gartenplätze in kurzer Zeit auf mehr als 660000 (im Jahre 1886) gewachsen, während die Zahl der Agricultural

Holdings bis zu  $\frac{1}{4}$  Acre herab nur 550 000 betrug. Das ist doch aber nicht als eine Zunahme der Bedeutung der Landwirtschaft im Sinne des Herrn von Mayr zu betrachten. Diese kleinen Ackerplätze von Industrie- und andern Arbeitern sind auch in Deutschland bei einem Vergleich der numerischen Stärke der landwirtschaftlichen und der industriellen Berufsbewölkerung nicht für die Landwirtschaft in die Waagschale zu werfen, sondern einfach beiseite zu lassen.

Wenn überhaupt eine solche Rechnerei im Ernst einen Sinn hätte, könnte Herr von Mayr noch nicht einmal eine Million vollwichtiger Nebenberufsfälle der Landwirtschaft gut schreiben. Aber dann müßte er füglich auch die mehr als 600 000 Fälle, in denen Landwirte einen Teil ihrer Arbeitskraft einem Nebenberuf in Industrie und Handel widmen, um besser oder überhaupt leben zu können, wieder noch abschreiben. Von der ganzen Wichtigkeit bliebe ein Nichts übrig.

Die Landwirtschaft ist in Deutschland nicht nur ein wichtiger, blühender Erwerbszweig, sondern auch der am stärksten besetzte von allen. Das kann gar keine Streitfrage sein und ist keine. Sie wird nur gestellt, um zu verwirren. Das gilt auch in diesem Falle, wenn auch Herr von Mayr die Verwirrung bona fide angerichtet haben mag. Die durch die Berufszählung von 1895 nachgewiesene, gleichsam epochemachende Thatsache ist dagegen die, daß die Landwirtschaft — im Haupt- wie im Nebenberuf — stehn geblieben ist, während Industrie und Handel ihr Personal in beispiellosem Grade gegen 1882 vermehrt haben, so sehr, daß das Deutsche Reich 1895 schon dem ersten Industrie- und Handelsstaat der Welt, Großbritannien, fast gleich kam. Die Bedeutung dieser Thatsache wollen wir nicht verdunkeln lassen. Auf ihre volle Würdigung kommt es bei der Gestaltung der Handelspolitik des Reichs zunächst an.

β

Zur Feuerbestattung. Endlich ist einmal die Frage der Feuerbestattung in einer unsrer Zeit entsprechenden Weise angefaßt worden. Die Hauptversammlung des Evangelischen Pfarervereins Württembergs hat beschlossen, an die Oberkirchenbehörde die Bitte zu richten, sie möge erlauben, daß sich die Geistlichen bei Feuerbestattungen öffentlich beteiligten. Nirgends in der Heiligen Schrift findet sich eine Stelle, wie von Geistlichen auf dieser Versammlung ausgeführt wurde, die ein förmliches Gebot enthielte, was mit der Hülle des Menschen nach dessen Hinscheiden geschehen solle. Ich erinnere mich noch aus meiner Jugend einer ähnlichen Bewegung, als die Begräbnisstätten aus den Wohnorten hinaus gelegt werden sollten. Damals erklärte man es für unchristlich, die Toten anderwärts als auf dem Kirchhofe, der, wie der Name besagt, unmittelbar an der Kirche, also mitten im Dorfe oder in der Stadt lag, zu begraben. Ich habe es selbst erlebt, beim Besuche eines Kirchhofs im Sommer, daß man dort einen Leichengeruch einzuatmen hatte, wie ich ihn nur noch auf Schlachtfeldern gefunden habe. Endlich siegte denn auch die Ansicht der Ärzte, und man verlegte die Friedhöfe außerhalb der Wohnorte. Nun aber nimmt unsre Bevölkerung, namentlich die der großen Städte, in einem Grade zu, daß man den schädlichen Einfluß der Ausdünstung einer daraus folgenden Anhäufung von Leichen, selbst außerhalb der Städte, kaum mehr leugnen kann und deshalb an eine andre Art der Bestattung denken muß. Nichts kann da gründlicher abhelfen als die Feuerbestattung. Es ist unerfindlich, wie gerade die Vertreter des strengchristlichen Glaubens daran Anstoß nehmen können. Man führt den Glauben an die Auferstehung des Fleisches an. Sollte es Gott, der uns nach diesem Glaubenssätze mit unserm Leibe wieder auferstehn lassen wird, nicht möglich

sein, auch den zu Asche verbrannten Leib wieder erstehn zu lassen? Wo sollen denn die unglücklichen Märtyrer und andre glaubenskräftige Menschen hinkommen, die in Zeiten religiösen Umschwungs ihre Überzeugung mit dem Feuertode büßen mußten und doch erst recht durch ihr namenloses Leiden den Himmel verdient haben?! Und wenn auch die Geistlichkeit fortfahren sollte, die Leichenverbrennung für unchristlich zu halten, so müßte sie gerade solchen Verstorbenen, die die Verbrennung ihres Leibes leztwillig verfügt haben, die geistliche Begleitung nicht versagen, denn gerade diese hätten doch dann vorzugsweise eine geistliche Fürsorge nötig, damit ihr Vergehen gesühnt würde. Unter allen Umständen wäre es endlich an der Zeit, die Leichenverbrennung, wenn man sie nicht gesehlich einführen will, wenigstens in den Willen des Einzelnen zu stellen, und vor allen Dingen die Mitwirkung der Geistlichen unbedingt zuzulassen. Daß die Feuerbestattung über kurz oder lang, aus den angeführten Gründen, doch staatlich eingeführt werden muß, unterliegt keinem Zweifel; auch die Verlegung der Friedhöfe von der Kirche weg, außerhalb der Wohnorte, war eine Forderung der Zeit. C. v. H.



## Litteratur

Schleiermacher. Zum hundertjährigen Gedächtnis der Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern. Von M. Fischer, Pfarrer an St. Markus in Berlin. Berlin und Braunschweig, C. A. Schwetschke und Sohn, 1899

Im September vorigen Jahres klagten wir bei einer Besprechung der sogenannten „Evangelisation“ in Berlin als einer Art evangelischer Jesuitenmission im Dienst der schroffsten, unduldsamsten Orthodoxie darüber, daß unsre, d. h. der gebildeten Protestanten in Berlin und ganz Ostpreußen, eigne Gleichgiltigkeit und Unredlichkeit in kirchlichen und religiösen Dingen die Schuld an dem Aufkommen und dem Umsichgreifen dieser durch und durch unprotestantischen Maulwurfsarbeit trügen, und daß wir selbst dafür verantwortlich zu machen wären, wenn unserm Protestantismus mehr und mehr die Existenzberechtigung gegenüber dem ultramontanen Katholizismus verloren gehe und er den Arbeitermassen unsrer, der altpreussischen, Großstädte nur noch als organisierte und legalisierte Unwahrhaftigkeit erscheine. Die Berechtigung dieser Klage — und wer unter den gemäßigt konservativen und liberalen Gebildeten Berlins wagt sie wohl zu bestreiten? — ist tief beschämend für eine Stadt und einen Staat, in denen vor hundert Jahren noch der Geist Friedrichs des Großen nachwirkte, in denen vor hundert Jahren Schleiermachers Protestantismus in Kirche und Schule die Wahrhaftigkeit als heiligste Pflicht und unerläßlichste Voraussetzung evangelischer Lehre, wie es schien für immer, zur Anerkennung gebracht hatte.

Um so mehr freuen wir uns über das Erscheinen dieses Buches. Es ist nicht nur zum Gedächtnis geschrieben, sondern vor allem als Weckruf an uns Gebildete von heute, als eine dringende Mahnung für die Zukunft. Woher kommt es, fragt sich der Verfasser, daß wir im religiösen Leben nicht voran kommen? Und er giebt die Antwort: „Das liegt am Mangel an Freiheit, an Freiheit in der Kirche.